Stellungnahme zur vorgeschlagenen Zusammenlegung des Bau- und Umweltausschusses

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,

mit großen Bedenken nehmen wir den Vorschlag zur Kenntnis, den Bau- und Umweltausschuss künftig zusammenzuführen. Nach unserer Auffassung würde dies zu einer deutlichen Schwächung von Transparenz, Bürgerbeteiligung und Klimaschutz führen. Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehen wir diesen Schritt kritisch und möchten im Folgenden unsere Position sowie eine sachliche Bewertung der Vor- und Nachteile darlegen:

Ja, es ist richtig, weniger Ausschusssitzungen bedeuten geringeren Verwaltungsaufwand, geringere Sitzungskosten und viele Bauprojekte haben Umweltauswirkungen und eine integrierte Betrachtung könnte Synergien schaffen.

Durch die Zusammenlegung kommt es jedoch zu einem Verlust der politischen Sichtbarkeit für Umweltfragen. Es besteht die Gefahr, dass Umwelt- und Klimaschutz zu einem "Randthema" in einem technisch geprägten Bauausschuss werden. Die Arbeitsschwerpunkte unterscheiden sich und erfordern spezifisches Fachwissen. Eine Zusammenlegung könnte durchaus dazu führen, dass Klimaschutzthemen im Strudel baulicher Sachzwänge verdrängt werden. Dabei machen die Herausforderungen unserer Zeit – vom Klimaschutz über Artenvielfalt bis hin zur nachhaltigen Flächennutzung – deutlich, dass Umweltpolitik kein Nebenaspekt der Baupolitik ist, sondern ein eigenständiger, hochkomplexer Bereich. Eine Ausschussstruktur, die Umwelt- und Klimathemen bewusst ein eigenes Forum gibt, ist ein Ausdruck politischer Verantwortung und Transparenz. In Zeiten von Klimakrise, Biodiversitätsverlust und Ressourcenknappheit ist Umweltpolitik keine Nebensache – sie gehört in den Mittelpunkt kommunaler Entscheidungen.

Mit dem Klimaschutzfahrplan, den sich die Gemeinde Issum selbst gegeben hat, wurde ein wichtiges Instrument geschaffen. Statt die Umsetzung zu stärken, soll nun der Umweltausschuss in den Bauausschuss integriert werden – ein völlig falsches Signal. Schon der häufige Ausfall des Umweltausschuss war ein fatales Signal an die Öffentlichkeit, wie ernst Klimaschutz in Issum genommen wird. Der Vorschlag mag formal als organisatorische "Verschlankung" verkauft werden. Doch die politische Wirkung ist eindeutig: Umweltthemen werden aus dem Fokus gedrängt, und kritische Nachfragen könnten systematisch erschwert werden. Damit würde der Rat ein falsches politisches Signal senden – gerade in einer Zeit, in der Klimafragen eine zentrale Zukunftsaufgabe sind. Wir fordern, den Umweltausschuss als eigenständiges Gremium zu erhalten. Nur so kann gewährleistet werden, dass ökologische Fragestellungen nicht untergeordnet, sondern gleichberechtigt und umfassend behandelt werden. Eine moderne Kommunalpolitik muss Umwelt- und Klimaschutz als Ouerschnittsaufgabe begreifen – das erfordert eigene Strukturen. Und ein funktionierender demokratischer Diskurs lebt von Vielfalt, Reibung und der fundierten Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven – auch und gerade in der Umweltpolitik.

Wir fordern daher Verwaltung und Rat auf, die Eigenständigkeit des Umweltausschusses zu bewahren und seine Sitzungen regelmäßig stattfinden zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Issum